

## **Erklärung des Präsidiums der UNI Global Union zu Myanmar**

Die UNI Global Union verurteilt den Militärputsch in Myanmar aufs Schärfste. Wir sind empört über die unrechtmäßige Inhaftierung gewählter Führungspersonlichkeiten der Nationalen Liga für Demokratie (NLD), einschließlich der Staatsberaterin Aung San Suu Kyi und des Präsidenten U Win Myint, sowie von Ministern, Beamten und Aktivisten. Dieser Coup stellt eine Perversion der Demokratie in Myanmar dar und ist ein Angriff auf den Willen des Volkes, so wie er im Wahlergebnis vom vergangenen November zum Ausdruck gebracht wurde.

Die UNI bedauert die Ausrufung des Ausnahmezustands und die Verabschiedung von Gesetzen, die es dem Militär erlauben, seinen illegitimen Griff nach der Macht zu verstärken. Ferner stellen wir fest, dass das Militär auf Kriegsrecht zurückgreift und alle öffentlichen Versammlungen verbietet und dem arbeitenden Volk Myanmars die Versammlungs- und Meinungsfreiheit verweigert, in dem Versuch, seinen bedenklichen Griff nach der Macht mit Gewalt aufrechtzuerhalten.

Die UNI weist die Anschuldigungen gegen gewählte Führer und Funktionäre des Gewerkschaftsdachverbands Confederation of Trade Unions Myanmar (CTUM) und des Gewerkschaftsbunds Myanmar Industries Craft and Service - Trade Union Federation (MICS) zurück. Wir halten es für inakzeptabel, dass 16 Gewerkschaftsorganisationen vom Militär für unrechtmäßig erklärt wurden und dass Gewerkschaftsführer gezwungen wurden, unterzutauchen. Gewerkschaften sind eine Säule der Demokratie in Myanmar und in der ganzen Welt, weshalb klar ist, dass diese Taktik darauf abzielt, Myanmars Demokratie weiter zu demontieren.

Die UNI macht das Militär von Myanmar für die mehr als 850 Todesfälle verantwortlich, die durch den rücksichtslosen Versuch, die friedliche, landesweite Bewegung des zivilen Ungehorsams (CDM) zu unterdrücken, verursacht wurden. Wir verurteilen den hemmungslosen Einsatz von Gewalt und tödlichen Waffen durch das Militär in Myanmar und das daraus resultierende Blutvergießen. Wir fordern die sofortige Beendigung der Gewalt, um diesem sinnlosen Verlust von Leben Einhalt zu gebieten.

Die UNI ruft alle Menschen, die ein Gewissen besitzen, auf, sich unserer Verurteilung des Militärs in Myanmar anzuschließen und alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um das Militär zu zwingen, das Land an das Volk von Myanmar und seine demokratisch gewählten Führer zurückzugeben.

Die UNI erklärt sich solidarisch mit unseren Schwestern und Brüdern der Gewerkschaftsbewegung in Myanmar. Wir verpflichten uns, alles erdenklich Mögliche zu tun, um den Kampf für Rechte und Demokratie in Myanmar zu unterstützen.

Darüber hinaus und im Einklang mit den Forderungen des Rates der Global Unions fordert die UNI

- den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auf, ein weltweites Waffenembargo gegen Myanmar zu verhängen;
- den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auf, Sanktionen gegen die für den Putsch verantwortlichen Militärs zu verhängen. Die Sanktionen müssen sich auch gegen das Wirtschaftskapital richten, das dem Militär seine Einnahmen verschafft;
- die Europäische Union auf, Myanmars präferenziellen Handelsstatus „Alles außer Waffen“ (Everything But Arms (EBA)) aufzuheben;
- fordert internationale Unternehmen, die in Myanmar tätig sind, auf, alle direkten oder indirekten Geschäftsbeziehungen oder finanziellen Verbindungen zu Unternehmen, die sich im Besitz des Militärs befinden, zu beenden und ihren Einfluss geltend zu machen, um die Freilassung von Gefangenen zu gewährleisten, demokratische Institutionen wiederherzustellen und die Menschen- und Arbeitnehmerrechte aller Arbeitnehmer in Myanmar zu gewährleisten. Dazu muss zwingend auch gehören, dass internationale Unternehmen den Arbeitnehmern Unterstützung bieten, wenn der Betrieb eingeschränkt wird, und dass Arbeitnehmer, die gegen den Putsch protestieren, geschützt werden.
- fordert die Vereinten Nationen, Regierungen und zwischenstaatliche Gremien auf, die Legitimität der Regierung der nationalen Einheit Myanmars formell anzuerkennen.

Wir rufen unsere Mitgliedsorganisationen weltweit auf, die oben umrissenen Maßnahmen zu unterstützen und:

- Druck auf ihre nationalen Regierungen auszuüben, um zu fordern, dass das Militär in Myanmar den Ausnahmezustand aufhebt, alle politischen Persönlichkeiten und Aktivisten sofort freilässt, das Recht des Volkes von Myanmar, seine Führer zu wählen, verteidigt und die Einschränkungen der Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit aufhebt.

Darüber hinaus stellt die UNI fest, dass das Militär den Zugang zum Internet und zu Kommunikationsmitteln, die von den Demonstranten genutzt werden, zunehmend beschnitten hat. Wir rufen Telekommunikationsunternehmen, die in Myanmar tätig sind, dazu auf, die Menschenrechte zu schützen und:

- sich öffentlich gegen Bestrebungen, den Zugang zur Kommunikation einzuschränken und zu blockieren, auszusprechen.

- alle angemessenen Maßnahmen zum Schutz der individuellen Benutzerdaten zu ergreifen.
- gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen Aktionspläne für den Fall, dass sich die Menschenrechtssituation verschlechtert, auszuarbeiten.
- keine Vergeltungsmaßnahmen gegen Arbeitnehmer zu ergreifen, die sich an Streiks gegen das Militärregime beteiligen oder die sich unrechtmäßigen Befehlen von Behörden, die die Menschenrechte verletzen, widersetzen.